

5  
2006  
dbb jugend  
magazin

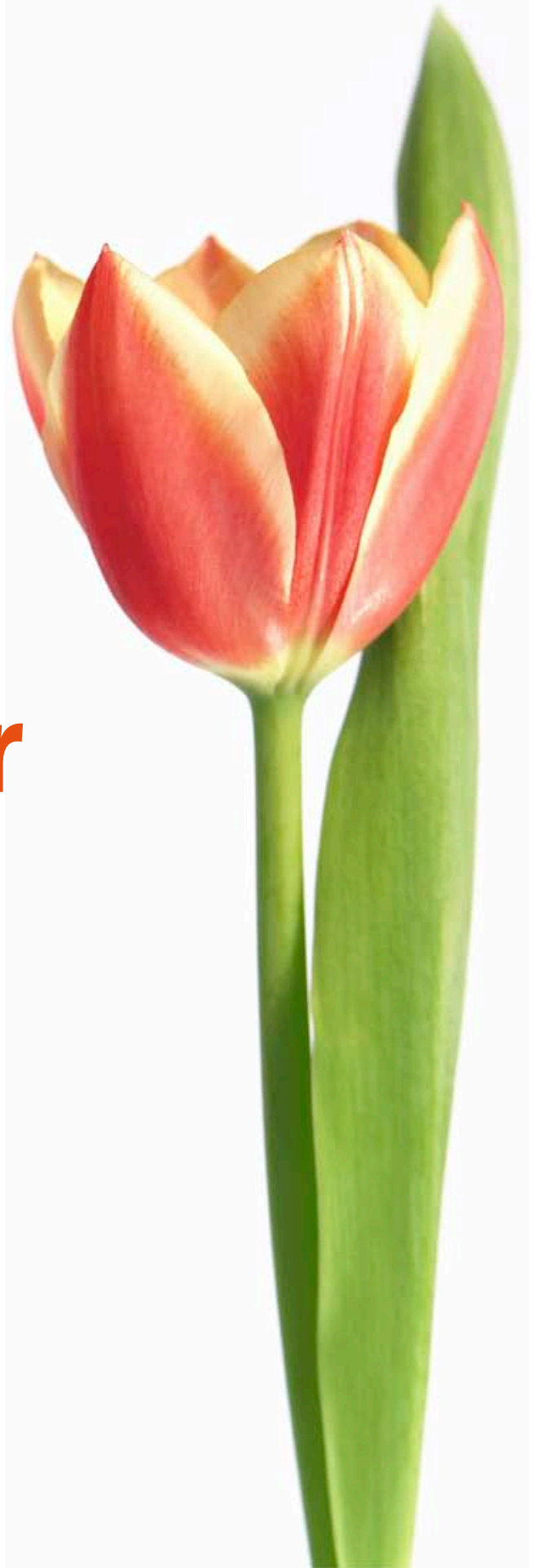
t@cker

# Alles neu macht der Mai?

**Land der Ideen:  
Streiks, Tarifwüste und  
Politik-Kleinklein**

**Ausbildungsalarm:  
Abwärtstrend setzt sich  
fort**

**Schnellschreiben  
im Bundestag: Der  
Stenografische Dienst**



Streiks, Tarifwüste und Politik-Kleinklein:

# Land der Ideen?

Eigentlich müsste doch Feierlaune herrschen: Endlich frühlingshafte Temperaturen, das Land in heller Vorfreude auf das Fußball-WM-Spektakel, strahlende Politikergesichter rund um den Tisch des Bundeskabinetts, die Wirtschaft blickt stolz auf ein kleines Wachstumspflänzlein, das sich gen Himmel reckt, kein großer Streik in der Metallbranche, Gott sei Dank, ... Aber irgendwie wollen die Mundwinkel nicht so recht nach oben. Irgendwie ruckt es nicht in Deutschland, dem „Land der Ideen“, wie wir es aller Welt, die demnächst zu Gast bei uns sein wird, gerade verkaufen. Wo sind denn die Ideen, wo ist bitteschön die Bewegung? Seit fast einem Vierteljahr streiken die Beschäftigten der Länder im öffentlichen Dienst. „Streik? Welcher Streik?“ unkte die Frankfurter Allgemeine Zeitung (Ausgabe vom 24. April 2006) mehr oder weniger süffisant angesichts der Tatsache, dass Länder nun mal schlecht zu bestreiken seien. Davon abgesehen, dass die Arbeitgeber an den Uni-Kliniken beispielsweise in Nordrhein-Westfalen oder die Chefs der Finanzverwaltungen beispielsweise im Saarland sehr genau die massiven Beeinträchtigungen der Arbeitsniederlegungen zu spüren bekommen und hörbar unter dem zunehmenden Druck ächzen: Die Beschäftigten streiken doch nicht, weil ihnen das Spaß macht! Weil sie davon auch nur irgendeinen Vorteil haben! Im Gegenteil: Streik macht müde, das Einkommen sinkt beträchtlich. Und wie muss man sich als Mensch fühlen, wenn man wie Luft behandelt wird, wenn man merkt, dass die Arbeitgeber ihre Macht auskosten und ausspielen? Wir sind bei einem Umgang miteinander angelangt, der jeder Beschreibung spottet. Wenn sich ein Verhandlungsführer mehr als vier Wochen „Denkpause“ gönnt, ist das schon kein Stilbruch mehr, sondern ausgesprochen grenzwertig. Die Haltung, die dahinter steht, ist erschreckend simpel und eiskalt: „Ich muss gar nichts.“ Bewusst setzen die Arbeitgeber so eine Sozialpartnerschaft aufs Spiel, die den öffentlichen Dienst über Jahrzehnte befriedet und in kontinuierlicher Kooperation zu dem gemacht hat, was er ist: Weltklasse. Gleiches gilt

im übrigen auch für den Beamtenbereich: Wider besseres Wissen zieht die Politik eine Föderalismusreform durch, die vieles ist – nur nicht sinnvoll. Das kann man alles machen, wenn Mehrheiten und Machtverhältnisse stimmen. Mit den verheerenden Folgen aber müssen alle leben: Eine willkürliche Tarif-, Besoldungs- und Dienstrechtswüste dürfte kaum ein guter Boden sein für einen motivierten öffentlichen Dienst, der angesichts der notwendigen Reformen im Gesundheitssystem und in der Alterssicherung wahrlich vor nicht zu unterschätzenden Herausforderungen steht. Ganz zu schweigen von den immer noch mehr als fünf Millionen Arbeitslosen, die zu verwalten und möglichst auch zu vermitteln sind. Ein Land der Ideen? Sieht anders aus.

Dietmar Knecht  
Vorsitzender  
dbb jugend



„Alles neu macht der Mai?“ t@cker geht fragend in den Wonnemonat: Gibt's endlich ein Ende der Streiks im öffentlichen Dienst der Länder, endlich einen Tarifabschluss, der den Beschäftigten wieder Sicherheit bietet vor Willkür und Machtdiktaten? Siegt vielleicht doch noch die Vernunft in Sachen Föderalismusreform – in diesem Monat findet die Anhörung des Bundestages zur „Mutter aller Reformen“ statt, die eigentlich keiner will, bei der aber alle mitmachen, „weil deshalb“. Es wird sich zeigen, ob der Mai Anlass zu Wonne gibt, auch außerhalb des öffentlichen Dienstes. Eigentlich bräuchten wir eine Gesundheitsreform, eine Reform der Alterssicherungssysteme und endlich eine Politik, die Rahmenbedingungen für mehr Ausbildung und Arbeit schafft. Doch zurzeit schaut man lieber weg angesichts des Politik-Kleinkleins, an dem die große Koalition herumwurstelt. Schön ist das nicht. Darum haben wir uns mit dieser Ausgabe des dbb jugend magazin besonders viel Mühe gegeben – ein kleiner Lichtblick von uns für Euch! Aktuelles aus den dbb Jugendverbänden gibt es ebenso wieder wie heiße Tipps (diesmal in Sachen Urheberrecht) und tolle Gewinnspiele. Absolut lesenswert: Die t@cker-story über den Stenografischen Dienst des Bundestages. Die haben's auch nicht leicht. Also: Kopf hoch und weiter so! In diesem Sinne:

Dietmar Knecht  
Vorsitzender dbb jugend



Autofahrer können  
jetzt sparen.  
dbb-Mitglieder noch mehr!

**Wechseln Sie zur HUK-COBURG. Rufen Sie uns an oder kommen Sie vorbei.**

Es lohnt sich für Sie. Sie erhalten über das dbb-Vorsorgewerk einen Extrabonus, wenn Sie seit mindestens einem Jahr kein Kfz bei uns versichert haben. Weisen Sie einfach auf Ihre Mitgliedschaft im dbb hin.

Mehr Informationen über die günstigen Versicherungs- und Bausparangebote der HUK-COBURG erhalten Sie unter 0180 2 153 153\* oder per Internet unter [www.HUK.de](http://www.HUK.de).

\* 6 Cent pro Anruf aus dem Festnetz (bei Deutschen Telekom AG).

Unsere Vertrauensleute, Kundendienstbüros und Geschäftsstellen finden Sie im Telefonbuch unter „HUK-COBURG“.



**HUK-COBURG**  
Aus Tradition günstig





## News

**Versorgungsfonds:  
Gute Sache!**

dbb Chef Peter Heesen hat die Pläne der Haushaltspolitiker der großen Koalition, für die Finanzierung des Pensionssystems der Bundesbeamten einen weiteren Versorgungsfonds zu schaffen, begrüßt. Am 6. April 2006 wies er in Berlin darauf hin, dass der dbb einen solchen Schritt seit langem fordert und mit dem Bundesinnenminister bereits 2004 entsprechendes vereinbart worden ist. Heesen: „Die Beamtenversorgung muss auf stabilen Fundamenten ruhen. Versorgungsfonds sind hierfür der richtige Weg. Die Versorgungsansprüche werden jetzt erdient, also sollten sie auch jetzt angespart werden. Die finanzielle Belastung für den Staat einfach in die Zukunft zu verschieben hat nichts mit kluger Vorsorge zu tun.“ Versorgungsfonds seien zudem nicht nur künftigen Steuerzahlergenerationen gegenüber fair, es ergäbe sich sogar ein finanzieller Mehrwert. Heesen: „Mit Versorgungsfonds lässt sich auf den Kapitalmärkten über einen möglichen Zinsvorteil hinaus auch zusätzlicher Dividendengewinn erwirtschaften.“

**Bürokratieabbau jetzt!**

Das dbb Forum Bürokratieabbau, in dem seit Juni 2005 Praktiker aus Politik und Verwaltung eigene Vorschläge zur Deregulierung entwickeln sollen, sammelt für seine weitere Arbeit konkrete Beispiele aus der Verwaltungspraxis. Beschäftigte, die gute oder auch schlechte Erfahrungen mit Verwaltungsabläufen beisteuern können und wollen, werden um Mithilfe gebeten. Gefragt sind vor allem Informationen über nicht notwendigen bürokratischen Aufwand (zum Beispiel Berichts- und Auskunftspflichten, Tätigkeitsnachweispflichten, Bescheinigungen etc.) und Einschätzungen, wie es gelingen kann, derlei Hindernisse zu beseitigen, ohne dass das Ergebnis leidet. Eine weitere Frage: Gibt es in Ihrem Bereich Rechtsvorschriften, auf die verzichtet werden könnte?

Für alle Antworten an [buerokratieabbau@dbb.de](mailto:buerokratieabbau@dbb.de) ist die Expertemission sehr dankbar. Weitere Infos sowie einen detaillierten Fragenkatalog gibt es unter [www.dbb.de](http://www.dbb.de).

## Deutschland: Ausbildungs-Alarm!



Mit großer Bestürzung hat die dbb jugend am 29. März 2006 die neuesten Ausbildungszahlen des

Statistischen Bundesamtes (DESTATIS) zur Kenntnis genommen: Nach vorläufigen Ergebnissen schlossen 2005 rund 559.200 Jugendliche einen neuen Ausbildungsvertrag ab, das sind 2,2 Prozent (- 12.800) weniger als im Vorjahr.

„Damit setzt sich der seit dem Jahr 2000 anhaltende Abwärtstrend fort. Die Zunahme 2004 von 1,3 Prozent führte also nicht zu einem anhaltenden Richtungswechsel. Das heißt Ausbildungs-Alarm in Deutschland!“, kommentierte der dbb jugend-Vorsitzende Dietmar Knecht. „So kann es nicht weitergehen. Hoch qualifizierter, motivierter Nachwuchs wird in spätestens zehn Jahren Deutschlands Standortfaktor Nummer 1 sein. Wenn wir dann mit leeren Taschen dastehen, werden wir im globalen Wettbewerb nicht mithalten können.“ Knecht richtete seine Forderung nach „mehr Ausbildung“ insbesondere an die öffentlichen

Arbeitgeber, denen eine besondere Vorbildfunktion zukomme. „Doch während im größten Ausbildungsbereich, Industrie und Handel, die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge gegenüber 2004 nahezu konstant geblieben ist, haben wir im Bereich des öffentlichen Dienstes mit die deutlichsten Rückgänge: Minus 9 Prozent binnen Jahresfrist – das ist unhaltbar!“ Der Abwärtstrend in der Ausbildung müsse aus volkswirtschaftlichen Erwägungen umgehend gestoppt und umgekehrt werden, erklärte Knecht.

Laut DESTATIS befanden sich am 31. Dezember 2005 insgesamt rund 1,55 Millionen Jugendliche in einer Ausbildung im dualen System. Das sind 0,7 Prozent (- 10.600) weniger als im Vorjahr. Standen im Jahr 2000 rein rechnerisch 100 Schulabgängern noch 66 Ausbildungsanfänger im dualen System gegenüber, so waren es 2005 noch 58.

Die Entwicklung der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge verlief weiterhin in Ost und West unterschiedlich: Im früheren Bundesgebiet wurden 1,8 Prozent (- 7.900) weniger Ausbildungsverträge als 2004 abgeschlossen, in den neuen Ländern und Berlin sank die Zahl um 3,8 Prozent (- 4.800).

## Arbeitszeitverlängerung: Vertragsklausel unwirksam

Arbeitnehmer aufgepasst: Vertragsklauseln zur Arbeitszeitverlängerung bei BAT-Angestellten sind unwirksam! Das sagt das Landesarbeitsgericht Bremen, das das so lautende Urteil des Arbeitsgerichtes Bremen-Bremerhaven (AZ: 9 Ca 9117/05) bestätigt und die Berufung der Freien Hansestadt Bremen am 1. März 2006 zurückgewiesen (AZ: 2 Sa 173/05) hat. Seit 30. April 2004 haben viele Bundesländer bezüglich der Arbeitszeit so genannte dynamische Verweisungen auf das Beamtenrecht in die Arbeitsverträge mit Angestellten aufgenommen. Danach sollte sich die Arbeitszeit der Beschäftigten nach der jeweils geltenden Arbeitszeit der Beamten des jeweiligen Bundeslandes richten. Die Vertragsklausel lautet überwiegend wie folgt: „Die gekündigten §§ 15, 15a, 16, 16a und 17 BAT und die Sonderregelungen hierzu gelten bis zum Zeitpunkt einer neuen Vereinbarung mit der Maßgabe, dass die durchschnittliche regelmä-

ßige wöchentliche Arbeitszeit im Sinne des § 15 Absatz 1 Satz 1 BAT diejenige Wochenarbeitszeit gilt, die für vergleichbare Beamte des Arbeitgebers jeweils maßgebend ist.“ Diese Verweisung wurde durch das Arbeitsgericht Bremen-Bremerhaven mit dem Hinweis auf das Recht der Allgemeinen Geschäftsbedingungen (§§ 305 ff. BGB) für unwirksam erklärt. Sie ist danach zu unbestimmt und benachteiligt die Arbeitnehmer unangemessen. Die verwandten Klauseln sind unwirksam, an ihre Stelle treten die in der Nachwirkung befindlichen Arbeitszeitregelungen des BAT. Die dbb tarifunion weist darauf hin, dass dieses Urteil bundesweit auf alle vergleichbar gefassten Arbeitsverträge, die nach dem 30. April 2004 unterzeichnet worden sind, Auswirkungen haben kann. Die dbb tarifunion stellt Betroffenen ein Musterschreiben zur Geltendmachung ihrer Ansprüche zur Verfügung: [www.tarifunion.dbb.de](http://www.tarifunion.dbb.de)

# Löwe: Soziales Engagement stärken!



Angesichts der wachsenden Gewalt an deutschen Schulen, wie sie aktuell am Beispiel der Berliner Rütli-Schule Schlagzeilen macht, forderte der stellvertretende Bundesvorsitzende der dbb jugend Thomas Löwe die Politik auf, das Engagement von und für Jugendliche stärker zu unterstützen.

Bei einem Gespräch mit der jugendpolitischen Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag, Diana Golze, am 31. März 2006 in Berlin verwies Löwe unter anderem auf die negativen Effekte der geplanten Föderalismusreform für den Bereich der Jugendhilfe. Es werde damit schwieriger, Ganztagschulen zu finanzieren und personell zu stärken. Weiter werde der bereits 2004 erschienene Bericht der Enquete-Kommission zum Ehrenamt von der Politik kaum beachtet. Der Bericht fordert

beispielsweise, ehrenamtliches Engagement steuerlich zu fördern.

Die dbb jugend setzt sich seit vielen Jahren dafür ein, das Ehrenamt sowohl im Steuer- als auch im Arbeitsrecht und in Versorgungsfragen stärker zu berücksichtigen. „Wir müssen Menschen dazu motivieren, sozial tätig zu sein. Nur mit einem starkem bürgerlichen, privaten Engagement werden wir es schaffen, die wachsenden Probleme sozial benachteiligter Jugendlicher in den Griff zu bekommen“, sagte Löwe. Hier sei die Politik gefordert, die Zeichen der Zeit zu erkennen und entsprechend zu handeln. „Mehr privates Engagement darf den Staat aber nicht dazu verleiten, sich mehr und mehr aus seiner Verantwortung zurückzuziehen“, betonte Löwe.

Diana Golze warnte unter anderem davor, die Kinder- und Jugendhilfe insbesondere auf Landesebene in verschiedene „Leistungsklassen“ zerfallen zu lassen. Diese Gefahr bestehe, wenn es im Zuge der Föderalismusreform dazu kommen sollte, dass die Länder künftig eigenständige Regelungen zur Durchführung des Kinder- und Jugendgesetzes treffen könnten.

## Nach der Reform ist vor der Reform

Mit der Föderalismusreform droht in der deutschen Bildungspolitik lähmende Kleinstaaterei. Diese Ansicht vertrat das Institut der deutschen Wirtschaft Köln anlässlich einer Fachtagung in Berlin am 30. März 2006. Künftig sollen die Bundesländer beim Hochschulzugang und den Hochschulabschlüssen von den Vorgaben des Bundes abweichen dürfen. „Es wäre dann möglich, dass ein Land das Abitur eines anderen Bundeslandes nicht mehr anerkennt, was die Mobilität der Abiturienten stark einschränkt. Dadurch wird auch die Möglichkeit verbaut, dass die Hochschulen in Zukunft um die bundesweit besten Köpfe konkurrieren können“, so die Einschätzung der Wirtschaftsexperten. In der Finanzpolitik zeigten sich dagegen Licht und Schatten. Positiv sei, dass



sich die Architekten der Föderalismusreform auf einen nationalen Stabilitätspakt einigen konnten.

„Verhängt die EU-Kommission künftig Sanktionen, weil Deutschlands Neuverschuldung über 3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes liegt, dann zahlt der Bund 65 Prozent der Strafe und die Länder zahlen 35 Prozent.“ Allerdings unternehme die große Koalition mit der Vereinbarung den zweiten vor dem ersten Schritt, kritisierte das IW. „Eigentlich benötigen die Bundesländer zunächst Anreize, um Schulden von vorneherein zu vermeiden. Dafür wäre unter anderem eine Reform des Länderfinanzausgleichs nötig, die eine Mithaftung der anderen Bundesländer für finanzpolitisches Fehlverhalten eines Landes vermindert.“ Mehr dazu: [www.iwkoeln.de](http://www.iwkoeln.de)



### News

#### Verbraucherschutz: Wenn, dann richtig!

Der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Dieter Ondracek hat im Polit-Magazin „Kontraste“ des Rundfunks Berlin-Brandenburg (Sendung vom 23. März 2006) den Entwurf eines Verbraucherinformationsgesetzes kritisiert. „Das ist nicht nur für den Beamten das Papier nicht wert, auf dem es steht, sondern auch der Verbraucher wird verunsichert“, sagte Ondracek. Das Gesetz will dem Verbraucher zwar künftig mehr Rechte und Schutz einräumen, doch „am Ende wird die Schutzfunktion nicht gewährleistet werden können mit diesem Entwurf“. Zwar sollen die Behörden, insbesondere die Lebensmittelkontrolle, künftig Auskunft erteilen können, doch über welche Informationen „stehe eben im Verbraucherinformationsgesetz so genau nicht drin“. Stattdessen nenne der Gesetzentwurf zahlreiche Hinderungsgründe, die abgeprüft werden müssten. Unter anderem sollen keine Informationen, die unter das Betriebsgeheimnis des betreffenden Unternehmens fallen könnten, herausgegeben werden. Im Zweifelsfall, so Ondraceks Befürchtung, müssten die Beamten, um sich vor Schadensersatzklagen zu schützen, eine Verletzung des Betriebsgeheimnisses annehmen.

Bundesministerverbraucherschutzminister Horst Seehofer, hatte den Gesetzentwurf in einem Gespräch mit den für Verbraucherschutz zuständigen Ministerinnen und Minister der Länder am 6. März 2006 vorgestellt und erörtert.

# Bundesjugendausschuss- Kombilohn an Qualifikation koppeln



In seiner Sitzung am 7. und 8. April 2006 im dbb forum siebengebirge (Königswinter) hat der dbb Bundesjugendausschuss einen Beschluss zur Einführung eines Kombilohns gefasst: „Die dbb jugend ist der Auffassung, dass die Einführung eines solchen Modells verbunden werden muss mit dem Bemühen, durch frühzeitige und individuelle För-

derung jedem Jugendlichen einen Schulabschluss sicherzustellen. Nur dadurch, dass verhindert wird, dass unqualifizierte Schulabgänger in den Arbeitsmarkt entsandt werden, kann der weitere Anstieg von Langzeitarbeitslosen vermieden werden, für deren Eingliederung in den Arbeitsmarkt der Kombilohn gedacht ist“, heißt es in dem Papier. Darüber hinaus muss aus Sicht der dbb jugend die Einführung des Kombilohns in Deutschland so gestaltet werden, dass zum einen tatsächlich Arbeitsplätze für geringqualifizierte Arbeitnehmer entstehen und zum anderen gewährleistet ist, dass die Qualifizierung derjenigen, die innerhalb des Kombilohn-Modells eine Arbeit aufnehmen, sowohl für Arbeitgeber als auch für Arbeitnehmer verpflichtend ist. Das Prinzip „Fördern und fordern“ sei insbesondere aufgrund der zeitlichen Befristung des Kombilohns für dringend notwendig: „Es muss sichergestellt werden, dass nach Auslaufen des Kombilohns der Arbeitnehmer im Falle seiner Entlassung aufgrund seiner besseren Qualifikation eine Chance hat, erneut Arbeit zu finden.“

## Demo in Schwerin: Für einen fairen Tarifkompromiss



1.500 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes haben am 23. März 2006 vor dem Schweriner Landtag gegen die Tarifpolitik der Länder demonstriert. dbb jugend-Chef Dietmar Knecht, auch Vorsitzender der dbb jugend mecklenburg-vorpommern, stellte in seiner Rede bei der Protestkundgebung klar, dass die Kolleginnen und Kollegen nicht

länger die Melkkühe der Arbeitgeber sein könnten und wollten. Eine weitere Stellenvernichtung im öffentlichen Dienst, die einer Erhöhung der Arbeitszeit zwangsläufig folgen würde, sei nicht hinnehmbar. „Wir wollen, dass bestehende Tarifverträge eingehalten werden.

Wir wollen, dass dort, wo es keine gibt, Tarifverträge abgeschlossen werden. Dazu gehört auch die Übernahme des TVöD durch die Länder“, forderte Knecht und sprach sich für den Erhalt des Flächentarifvertrags aus. Zudem müssten die Termine für die Angleichung der Einkommen Ost an West eingehalten werden: „Wir wollen gleichwertige Lebensverhältnisse von Rügen bis zum Bodensee, von Pasewalk bis Garmisch-Patenkirchen!“ Prominentester Gast bei der Schweriner Tarifiedemo war Landesfinanzministerin Sigrid Keler, die sich solidarisch mit den Protestierenden zeigte und erklärte: „Mecklenburg-Vorpommern steht zur TdL und zum Flächentarif!“



### News

**Ehrenamtler:  
Mehr als 23 Millionen**

Fast jeder Dritte über 14 Jahre in Deutschland hat ein Ehrenamt inne: Mehr als 23,4 Millionen Menschen engagieren sich ehrenamtlich oder haben freiwillig bestimmte Aufgaben und Tätigkeiten übernommen, zum Beispiel bei der Freiwilligen Feuerwehr, in Sportvereinen oder politischen Parteien. Das ist das Ergebnis des Freiwilligen-survey der Bundesregierung für das Jahr 2004. Gegenüber der ersten Erhebung aus dem Jahr 1999 ist das ein Plus von zwei Prozent. Auch die Intensität des freiwilligen Engagements hat im Vergleich zu 1999 zugenommen: Die Anzahl der Tätigkeiten, die Freiwillige übernehmen, ist gestiegen. Nicht nur die Zahl der freiwillig engagierten Bürger ist gewachsen, sondern auch die derjenigen, die zu freiwilligem Engagement bereit sind. 1999 waren es 26 Prozent, 2004 schon 32 Prozent.

### Schule und Jugendhilfe: Ideen

Schule und Jugendhilfe haben vieles gemeinsam: Sie unterstützen Kinder und Jugendliche in ihrer Entwicklung, fördern Bildungsprozesse und helfen ihnen bei der Integration in die Gesellschaft. Die Erfahrungen zeigen, dass die Kooperation zwischen Schule und Jugendhilfe erfolgreich und für alle Beteiligten, besonders aber für Kinder und Jugendliche, gewinnbringend sein kann. Eine neue Onlinepublikation des Bundesjugendministeriums stellt Lehrern, Eltern, Schülern und Jugendverbänden Informationen, Ideen und Hinweise für mögliche Kooperationen mit der Jugendhilfe zur Verfügung und lädt zum Nachmachen und Selbstmachen ein: [www.bmfsfj.de/Publikationen/kjhg/root.html](http://www.bmfsfj.de/Publikationen/kjhg/root.html)



Der Stenografische Dienst des Deutschen Bundestages:

# Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Von Britta Müller

**So schnell schreiben wie andere Leute reden – eine Kunst für sich. Viele der wenigen Profis, die sich darauf verstehen, arbeiten hierzulande an exponierter Stelle: in den Parlamenten von Bund und Ländern. Wo sich Politiker die Köpfe heiß reden, sitzen sie zwischen Rednerpult und Abgeordnetenbänken und schreiben so ziemlich alles mit, was gesagt, gerufen und, manchmal auch, getan wird. „Im Plenum schreibst du um dein Leben“, sagt Matthias Kuhn (29), Stenograf in Diensten des Deutschen Bundestages in Berlin.**

„Wenn es noch würdig aussehen soll“, braucht Matthias Kuhn fünf Minuten für den Weg von seinem Büro im Jakob-Kaiser-Haus bis an den Tisch mitten im Plenum des Deutschen Bundestages, wo die Stenografen ihren Mitschreib-Dienst versehen. Seinen ersten Gang für heute legt der gebürtige Niedersachsen elegant und souverän aufs Parkett. Es ist noch früh am Donnerstagmorgen in der Bundeshauptstadt, auf der Tagesordnung des Hohen Hauses steht zunächst die so genannte Kernzeit-Debatte, heute über die Zukunft der Rentenversicherung. Das Ende der 32. Sitzung des Deutschen Bundestages wird erst gegen 23.30 Uhr erwartet - dem Stenografischen Dienst steht ein langer Tag bevor...

Block in der Hand, Stenofüller und Ersatzstift im Jackett, betritt Matthias Kuhn um 10.13 Uhr gemessenen Schrittes den Plenarsaal, geht möglichst unauffällig zum Tisch der Stenografen und nimmt neben dem Kollegen Platz, den er Punkt 10.15 Uhr ablöst. Aufmerksam lässt er seinen Blick über die Reihen der Fraktionen schweifen. „Eingucken“ heißt das im Fachjargon: Welche Abgeordneten sind anwesend, wer sitzt wo? Dann beginnt auch schon sein Einsatz. Durch ein Klopfen auf den Tisch signalisiert er seinem Kollegen die Ablösung. Fünf Minuten wird Kuhn jetzt die Ausführungen des MdB Anton Schaaf (SPD) über die Zukunft der Rente und vor allem die regen Zwischen-

rufe des FDP-Abgeordneten Dr. Heinrich L. Kolb zu Protokoll bringen. Gleichmäßig lässt der Stenograf seinen Füller über das Papier fliegen. Ohne die Feder abzusetzen, schaut er blitzschnell immer wieder auf in die Runde, um zusätzlich zu den Ausführungen des Redners Beifall und Zurufe aus allen Richtungen zu orten; auch diese muss er notieren. Vier Stenogrammsseiten später raunt Kuhns Kollege, der zwischenzeitlich Platz genommen hat, vernehmlich das Wort „Altersarmut“ – sein Zeichen, dass er ab diesem Wort beziehungsweise Satz die Mitschrift übernimmt. Matthias Kuhn steht auf und verlässt das Plenum, es geht zügig zurück ins Büro.

Nicht Eingeweihte irritiert, dass die Geschwindsschreiber immer nur so kurze Zeit mitschreiben und den Plenarsaal dann schon wieder verlassen – übrigens stets links- oder rechtsherum, niemals über Kreuz am Redner vorbei. Das geheimnisvolle Muster, nach dem Kuhn und Kollegen kommen und gehen und eine lückenlose Dokumentation des Gesagten fabrizieren, funktioniert so: Pro Sitzung sind 16 Turnusstenografen und sieben bis acht Revisoren im Einsatz. Während die Stenografen jeweils nur fünf Minuten mitschreiben, tun die Revisoren dies 30 Minuten lang. Die Stenografen eilen nach ihrem Einsatz im Plenum in ihr Büro, diktieren einer Schreibkraft ihre Protokollpassage und machen eine erste



**Mittendrin: Die Bundestagsstenografen sitzen zwischen Rednerpult und Abgeordnetenbänken. „Im Plenum schreibst du um dein Leben“, sagt Matthias Kuhn (unten 2. v. rechts).**

Überarbeitung. Nicht nur, dass der Text in Langschrift „übersetzt“ werden muss, es ist auch zu klären: Wie wird der Name des in der Rede genannten Gesprächspartners geschrieben, wo enthält das einer Zeitung entnommene Zitat Auslassungen, stehen im erwähnten Gesetzentwurf an der benannten Stelle wirklich 100 Millionen Euro oder hat der Redner im Eifer des Gefechts statt „Milliarden“ „Millionen“ gesagt? So werden die Fakten, die Zitate und die Zahlen geprüft und kleinere grammatische Unebenheiten



**Fertig zum Diktat:**  
Stenograf Matthias Kuhn (hinten) übersetzt sein Stenogramm, Schreibkraft Stephan Lahl greift in die Tasten. Zur Kontrolle läuft parallel die Tonbandaufzeichnung der Debatte mit.

Druckerei bedeutet das nicht selten Dienst bis tief in die Nacht. Die Kernzeit-Debatten erscheinen sogar noch während der Sitzung als Vorab-Protokoll online.

So weit sind Kuhn und Co. jedoch noch lange nicht, gerade mal die erste Runde ist heute absolviert. Schon schnelleren Schrittes als auf dem Hinweg eilt der junge Stenograf durch die unterirdischen Gänge des Reichstagsgebäudes zurück in sein Büro im Jakob-Kaiser-Haus. Dort wartet bereits Stephan Lahl, Student der Rechtswissenschaften, der aufgrund seiner bestechenden Fertigkeiten an der PC-Tastatur im Stenografischen Dienst als Schreibkraft aushelfen kann. Fertig zum Diktat. Matthias Kuhn übersetzt sein Stenogramm, Stephan Lahl greift in die Tasten. „Jetzt wird aus dem, was der Redner gesagt hat, das, was er gemeint hat, im Sinne von: das, was er niedergeschrieben hätte.“ Parallel zum Diktat, währenddessen Kuhn hier und da schon ein wenig Satzbau-Kosmetik einpflegt, lässt er das Tonbandgerät laufen, das die Rede des Abgeordneten Schaaf aufgezeichnet hat, während er im Plenum war. „Wenn viel zugerufen wird, ist es unmöglich, auch noch jedes Wort des Redners mitzuschreiben. Zur Ergänzung nutzen wir dann das Tonband.“ Warum eigentlich nicht nur das Tonband? In Zeiten modernster Kommunikationstechnik mutet die immerhin nicht mehr allzu verbreitete Stenografie doch einigermaßen oldfashioned an ... „Komplizierte Sätze kann man viel besser überblicken, wenn man sie vor Augen hat. Hat man nur eine Tonbandaufzeichnung, muss man viel spulen, um sich einen vergleichbaren Überblick zu verschaffen, außerdem würde das länger dauern“, sagt Matthias Kuhn. Hinzu kommt ein Charakteristikum des deutschen Parlamentarismus: die praktizierte Zuruf- und Akklamationskultur. Zurufe und sonstige Meinungsbekundungen bekommt man aber nur mit, wenn man mittendrin dabei gewesen ist, wenn man als Stenograf vor dem Redner sitzt, mit Blick ins Plenum. Schon weil die Redner Zurufe häufig aufgreifen und auf sie eingehen, lässt sich eine Debatte in ihrem Wesen und Verlauf nur so authentisch



in den Sätzen geglättet. Eine gute Stunde bleibt für diese Arbeit, dann ist der Stenograf wieder an der Reihe – so lange, bis die Sitzung des Bundestages geschlossen ist, ohne Mittagspause oder andere Unterbrechungen, versteht sich. Wenn dann derjenige, der das Ende der Sitzung mitbekommt, seine fünf Minuten mitgeschrieben und diese in der Stunde darauf ausgearbeitet hat, ist zugleich das Protokoll der gesamten Debatte niedergeschrieben – darum die Fünf-Minuten-Portionen. Die Revisoren stellen anhand ihrer halbstündigen Mitschriften nochmals Korrektheit,

Übergänge und Zusammenhänge der einzelnen Redeteile sicher. Sobald die Revisoren ihre Teile bearbeitet haben, geht die aus den Einzelstücken wieder zusammengefügte Rede an den jeweiligen Redner, der seinerseits zwei Stunden Zeit hat, Änderungen vorzunehmen. Dabei darf er ebenso wie der Stenografische Dienst nichts am Sinn des Gesagten verändern, es ist verboten, Wesentliches zu streichen oder hinzuzufügen. Noch in der gleichen Nacht geht das Gesamtprotokoll in den Druck, und die Abgeordneten können es am nächsten Morgen in den Händen halten. Für den Stenografischen Dienst und die

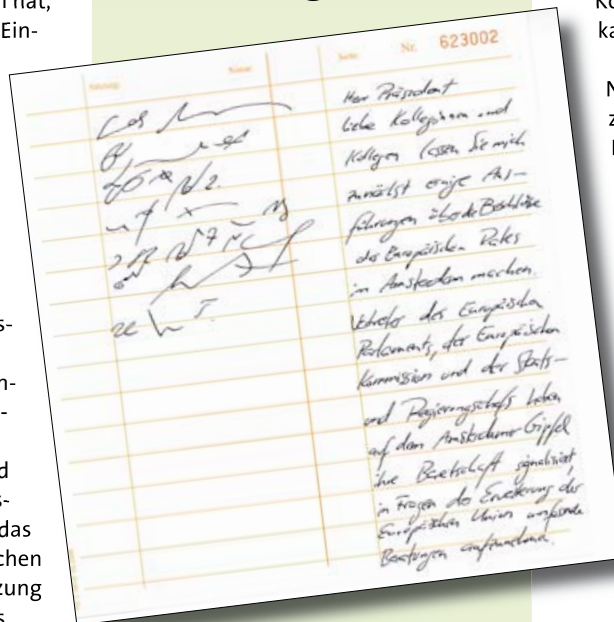


## Stenografie

tisch darstellen. „Als Finanzminister Hans Eichel einmal zum Haushalt gesprochen hat, kamen während meines Fünf-Minuten-Einsatzes 25 Zurufe“, erzählt Matthias Kuhn, „da weiß man dann, wofür man Steno gelernt hat...“ Aber auch „Beifall bei der SPD, Widerspruch beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Zustimmung bei der CDU/CSU, Lachen bei der FDP“ oder Gesten lassen sich anhand einer Tonbandaufnahme nicht rekonstruieren.

Regelmäßig „trainieren“ die Bundestagsstenografen Gesichter und Namen der Abgeordneten, sogar ein „Abgeordneten-Memory“ haben sie neben ihrem „Abgeordneten-Bilderbuch“ zu diesem Zweck auf ihren Computern. Fleißig geübt wird selbstverständlich auch das Handwerkszeug an sich. 260 Silben pro Minute ist das Minimum, das ein Stenograf des Deutschen Bundestages als Einstellungsvoraussetzung mitbringen sollte. Matthias Kuhn hat es mittlerweile auf 375 Silben gebracht, was schon Spitzenklasse, aber noch lange nicht das Ende der Fahnenstange ist. „Damit man im Plenum angenehm mitkommt und nicht so viel vom Tonband kratzen muss, sollte man mehr als 400 Silben schreiben...“

Den potenziellen Steno-Nachwuchs rekrutieren die Stenografischen Dienste regelmäßig bei den Deutschen Meisterschaften in Kurzschrift, die der Deutsche Stenografenbund ausrichtet. So landet die Schnellschreib-Elite bei den Stenografischen Diensten von Bundestag, Bundesrat und Landtagen. Zu Kuhns Kollegen zählen mehrfache Titelträger, und selbstverständlich gibt es eine Trainingsgruppe, die sich derzeit fit macht für die diesjährigen Deutschen Meisterschaften, die wie jedes Jahr über Christi Himmelfahrt, diesmal in Goslar, stattfinden. Wer als Parlamentsstenograf beim Deutschen Bundestag arbeiten möchte, braucht neben exzellenter Beherrschung der Kurzschrift ein abgeschlossenes Universitätsstudium, welches Fach, ist gleich. Nach dem Einstieg laufen die neuen Kollegen zunächst bei erfahrenen mit und dürfen nach und nach Protokollteile in Eigenregie schreiben – „fünf Jahre dauert es schon, bis man richtig drin ist, sagen unsere Ausbilder“. Matthias Kuhn ist diplomierter Informatiker, unter seinen Kollegen gibt es Betriebswirte, Germanisten, Romanisten, Slawisten und Juristen ebenso wie Philologen, Diplomjournalisten, Theologen, Geografen, Politologen, Physiker und Islamwissenschaftler. „Ein gutes Protokoll kann man eigentlich nur machen, wenn man auch versteht, worum es in der Debatte geht. Da ist es umso



Franz Xaver

Gabelsberger (1789 - 1849), ein bayerischer Ministerialbeamter, verhalf der Kurzschrift in Deutschland mit seiner aus der Schreibschrift abgeleiteten „Deutschen Redezeichenkunst“ zum Durchbruch. Sie lebt fort in der seit 1924 in Deutschland in Schulen einzig zugelassenen „Deutschen Einheitskurzschrift“. Wie funktioniert Kurzschrift? Nicht nur jeder Buchstabe erhält ein eigenes Zeichen, sondern auch die häufigsten Buchstaben- bzw. Lautfolgen, Vor- und Nachsilben sowie die gebräuchlichsten Wörter. Die Rechtschreibung ist gegenüber der Langschrift vereinfacht. Der Hochleistungsstenograf schreibt nicht mehr alles, was gesagt wird, sondern lässt mit System alles weg, was er später aus dem Zusammenhang eindeutig rekonstruieren kann; je Silbe hat er nur den Bruchteil einer Sekunde Zeit, um zu überlegen, ob er sie ganz schreiben muss oder etwas weglassen kann, und, wenn ja, was genau zu schreiben ist. Stenografische Leistungen werden in „Silben pro Minute“ gemessen. In Normalschrift können rund 40 Silben pro Minute festgehalten werden. Ein Stenograf, der die Verkehrsschrift (erste Stufe der Stenografie) beherrscht, kann etwa 120 Silben pro Minute mitschreiben und ist damit bereits dreimal schneller als normal.

Parlamentsstenografen üben ihren Beruf in der Regel in einem festen Anstellungsverhältnis aus. Ihre Laufbahn in den einzelnen Parlamenten richtet sich nach unterschiedlichen Vorschriften. Fast alle sind Beamte oder Angestellte des höheren Dienstes.

besser, wenn man bei Unklarheiten auf den Kollegen, der vom Fach ist, zurückgreifen kann“, so Kuhn.

Nur rund 130 Parlamentsstenografen zählt man bundesweit, und weil das Durchschnittsalter mittlerweile doch recht hoch ist, sind die Dienste eifrig auf der Suche nach Nachwuchs.

Matthias Kuhn kam über Umwege an den Steno-Block, wobei es eine gewisse Vorbelastung gab – die Mutter lehrte die Kurzschrift im heimischen Hannover. Während eines Familienurlaubs 1991 im Schwarzwald nahm sich der junge Mann „einfach mal so“ das Anfängerlehrbuch vor und arbeitete die Materie durch. Seitdem konnte Matthias Kuhn schneller schreiben als viele andere und beeindruckte damit nicht nur seine Lehrer. Als 20-Jähriger gab er Abendkurse für die Stenografische

Gesellschaft Hannover, dann nahm er sein Informatik-Studium in Ulm auf und brachte auch dort Studierenden im Rahmen des Studium Generale die Grundzüge der Stenografie näher. Noch bevor Kuhn sein Studium mit einer Diplomarbeit, in der er ein Steno-Schönschreibsystem für Computer entwickelte, krönte, belegte er in Bayreuth eine einjährige Fortbildung zum Lehrer für Kurzschrift. Sein dortiger Betreuer schließlich war früher Stenograf im Deutschen Bundestag und gab Steno-Fan Kuhn „den letzten Schubs“ in die richtige Richtung: Im Sommer 2001 startete er im Bayerischen Landtag als Anwärter. 2003 wechselte er auf die Bundesebene nach Berlin und erfreut sich seitdem an seinem Job: „Immer andere Themen, immer andere Charaktere, immer andere Atmosphäre und immer mittendrin – was will man mehr!“ Matthias Kuhn arbeitet bereits unter der zweiten Bundesregierung, hat eine Vertrauensfrage und eine Neuwahl des Deutschen Bundestages miterlebt, ebenso wie die bereits Legende gewordenen Vernehmungen der ehemaligen Bundesminister Otto Schily und Joschka Fischer vor dem so genannten Visa-Untersuchungsausschuss ...

Doch genug geplaudert: Die Zeit eines Bundestagsstenografen ist kostbar! Gerade haben Matthias Kuhn und Stephan Lahl ihre erste Turnusmitschrift des Tages fertig zu Papier gebracht, da muss der Schnellschreiber schon wieder ins Plenum. Noch rasch einen Schluck Kaffee, dann geht's marsch, marsch erneut auf den Weg, den der Parlamentsstenograf heute noch neun Male gehen wird...

Sozialpolitische Kampagne des DBSH:

# Fallen die durchs soziale Netz, die es knüpfen?

„Zuschuss nur noch für jeden zweiten Krippenplatz“, „Vom Dorf zum Problemviertel“, „Rücken an der Wand“, „Zwei-Klassen-Medizin existiert“, „Kita Arche braucht Unterstützung“ – diese Schlagzeilen-Auswahl nur eines Tages zeigt, dass soziale Dienstleistungen in Deutschland zunehmend abgebaut werden. Kürzungen auf allen Ebenen, das Einstellen von Aufgaben, ein zunehmender Kosten-Wettbewerb abseits qualitativer Ansprüche, dies sind nur einige Stichworte für die zunehmend schwieriger werdende Situation. Der Deutsche Berufsverband für Soziale Arbeit (DBSH) im dbb, der die Profis in Sachen Sozialarbeit organisiert, macht jetzt in einer breit angelegten Kampagne auf die Folgen des Sozialabbaus aufmerksam: Diejenigen, die das soziale Netz knüpfen, drohen selbst durchzufallen...

Um sich der zunehmenden sozialen Kälte entgegen zu stellen, wendet sich die sozialpolitische Kampagne „Soziales Netz“ des DBSH an die „Mitte der Gesellschaft“. Zunächst soll deutlich gemacht werden, dass alle Menschen soziale, pflegerische und gesundheitliche Dienste benötigen (können): Eltern die auf eine Kinderbetreuung angewiesen sind; Menschen, die im Alter oder wegen Krankheit optimal zu fördern sind; oder die pädagogische Jugendbetreuung, die als bestmögliche Kriminalitätsprävention dient. Solche Dienste unterstützen im eigenen Alltag, geben das Gefühl der Sicherheit bei Schicksalsschlägen oder sorgen dafür, dass der Alltag nicht von Kriminalität und Gewalt geprägt wird. Soziale Dienste sollen nicht als Kostenfaktor oder Almosen wahrgenommen werden, sondern als Dienstleistung anerkannt werden, die hohe Qualitätsansprüche einzulösen hat, lautet das Kampagnenziel des DBSH. Dazu soll auch die Bevölkerung entsprechend auf das lokale und politische Umfeld einwirken. Nicht zuletzt wollen die professionellen Sozialarbeiter auch Hilfestellungen dazu geben, wie die Qualität gesundheitlicher, pflegerischer und sozialer Einrichtungen bewertet werden kann. Ein mehrseitiger Ratgeber gibt hierzu bereits hilfreiche Tipps

der Gesellschaft gegenüber Schwächen, Menschen mit „Fehlern“ und Leistungseinschränkungen zu verändern, so die Grundüberlegung des DBSH. Deswegen hat der Verband für die Kampagne mehrere Medien erarbeitet, die unterschiedlichste Zielgruppen ansprechen sollen. Neben dem Ratgeber gibt es Postkarten, die nach der Entwicklung in der Gesellschaft fragen: Wollen wir uns engagieren – oder nicht? Eine Internetpräsenz ([www.soziales-netz.org](http://www.soziales-netz.org)) unterstützt die Kampagne und bietet weitere Hinweise für die Öffentlichkeitsarbeit sowie Musterschreiben, um Wohlfahrtsverbände und andere Institutionen zur Mitarbeit zu bewegen. Das Kampagnenteam des DBSH steht außerdem jederzeit mit Rat und Tat zur Verfügung, vermittelt Kontakte und Referenten zum Thema.

„Wollen wir uns engagieren – oder nicht?“ lautet das Motto der Postkartenserie, deren Motive beim Kampagnen-Sekretariat des DBSH, Friedrich-Ebert-Straße 30, 45127 Essen oder per Email über [info@dbsh.de](mailto:info@dbsh.de) neben weiteren Informationsmaterialien angefordert werden können.

## Engagieren – oder nicht?

Eine positive öffentliche Wahrnehmung der sozialen Berufe, ihrer spezifischen Qualifikationen und auch der damit verbundenen Kosten lässt sich erst dann vermitteln, wenn es gelingt, die gesellschaftliche Einstellung





dbb jugend baden-württemberg



Die neue Spitze der dbb jugend baden-württemberg (von links): Elke Bohnenberger (vbba), Silvio Venturelli (GDL), Anita Bepler (BDZ), dbb-Landeschef Volker Stich als Gast des Landesjugendtages, Natascha Venturelli (DSTG), Matthias Wenz (DPoIG), German Wittenburg (DSTG) und Ralf Mittelbach (komba).

„Klein aber fein“ hätte das Motto des diesjährigen Landesjugendtages der dbb jugend baden-württemberg lauten können. Die Arbeitssitzung fand am 17. März 2006 in der Telekomakademie in Stuttgart statt. Bereits einen Tag zuvor hatte der Landesjugendausschuss getagt, um die letzten Vorbereitungen zu treffen.

Der Tarifstreit im öffentlichen Dienst und die Föderalismusdebatte fordern nach Auffassung der Delegierten mehr denn je die Stimme der Jugend. Und so wurde der eigentlich

für den Sommer geplante Landesjugendtag 2006 nicht nur wegen des unerwarteten Rücktritts des langjährigen Vorsitzenden der dbb jugend baden-württemberg, Ralf-Peter Henkelmann, vorgezogen.

Der Landesvorsitzende des dbb Volker Stich machte in seiner Ansprache darauf aufmerksam, von welcher Bedeutung die Stimme der Jugend in diesen „Zeiten des Auf- und Umbruchs“ sei und nahm damit Bezug auf das Motto der Veranstaltung; „Zeiten des Aufbruchs“. Allein die Stimme der Jugend

vermöge sowohl dem Nachwuchsproblem im öffentlichen Dienst als auch der wachsenden Versorgungsproblematik entgegen zu wirken.

Das betonte auch der neu gewählte Vorsitzende des Jugendverbandes, Silvio Venturelli: „Wir sollten es uns allen zur Aufgabe machen, den größten Arbeitgeber in der Bundesrepublik für den Berufsnachwuchs attraktiver zu gestalten.“

Damit Worten auch gleich Taten folgten, wurden sämtliche zur Verfügung stehende Ehrenämter besetzt. Der neue Vorsitzende wurde dabei mit überwältigender Mehrheit und ohne eine Gegenstimme in sein Amt berufen. Ebenso erfreulich ist die Zusammensetzung der neuen Landesjugendleitung: Im neu gewählten Gremium sind jetzt verschiedene dbb Gewerkschaften vertreten. „Sie haben eine gute Wahl getroffen“, kommentierte Stich den Wahlausgang und freute sich auf den Dialog mit der Jugend. Seine Unterstützung sei der Jugendabteilung sicher. Auf die greift die neue Landesjugendleitung gern zurück, denn man hat sich viel vorgenommen. „Vor allen Dingen wollen wir stärker in den Focus der Öffentlichkeit und auf unsere Themen aufmerksam machen“, sagte Venturelli.

JUNGE POLIZEI meets Junge Union

Am 11. April 2006 traf sich die bayerische Landesleitung der JUNGEN POLIZEI mit dem Vorsitzenden der Jungen Union Bayern (JU) Manfred Weber in München.

Der Landesjugendleiter der DPoIG und stellvertretende Bundesvorsitzende der dbb jugend Uwe Klapproth nutzte die Gelegenheit, um gemeinsam mit Weber, der sich im Januar für eine Kürzung des Weihnachtsgeldes ausgesprochen und die Verlängerung der Arbeitszeit gefordert hatte, gemeinsame Positionen auszuloten.

Klapproth stellte klar, dass unter den Begriff „kreative Lösungen“ eben nicht nur das Streichen von Leistungen zu verstehen sei.

Klapproth und Weber kritisierten die zu starren Laufbahnrichtlinien im öffentlichen Dienst: Zu viele Vorschriften behinderten Karrieren. Es müsse das gemeinsame Ziel von Politik und Gewerkschaften sein, dieses Dickicht zu lichten. Bezüglich der geplanten Föderalismusreform befürwortete Weber die grundsätzliche Entscheidung, dienstrechtliche Kompetenzen in Länderhand zu geben. Weber stellte allerdings in Aussicht, dass die JU Bayern und die Junge Polizei gemeinsam ein Papier entwickeln, dessen Inhalte die Reform des bayerischen Beamtenrechts begleiten soll.



Im Gespräch: Uwe Klapproth, Manfred Weber und der stellvertretende Landesbeauftragte der JUNGEN POLIZEI Sven Melchior (von links).

Die OG Hameln, OG Hildesheim und OG Hannover laden ein zum:

**BMT 2006 der GDL-Jugend**

vom 15.06.2006 bis 18.06.2006

Wo: Capellenhagen am Ith  
 Preis: 55,- € pro Person  
 Leistungen: 3x Übernachtung auf dem Camping-Platz (im eigenen Zelt)  
 3x Frühstück + 3x Abendessen  
 Am Programm wird noch gearbeitet (Lagerfeuer, Live-Musik, Ausfahrten!)  
 Wer ein festes Dach über den Kopf benötigt, bucht die Übernachtung bitte zusätzlich direkt beim Camping-Platz (Kosten: 15,- € pro Person/Tag).

Ith-Campingplatz Capellenhagen  
 Heinz Nolte  
 Pfalzstrasse 12  
 31089 Capellenhagen

Tel./Fax: 05186/885  
 Mobil: 0171/6310863  
 E-Mail: [olnovi@online.de](mailto:olnovi@online.de)

**Anmeldeschluss ist der 31.05.2006**

Anmeldung für das Treffen bei:

Erik Rust	Tel.: 05041/61889 Mobil: 0175/4385216	Dienst: 0511/286 5342 E-Mail: <a href="mailto:rusterspr@aol.com">rusterspr@aol.com</a>
Peter Traupe	Tel.: 05121/23940 Mobil: 0175/9333981	E-Mail: <a href="mailto:p.traupe@gmx.de">p.traupe@gmx.de</a>

Überweisung an: GDL-OG Hildesheim  
 Sparda Bank Hannover  
 Verwendungszweck: BMT-2006

Kto-Nr. 927066  
 Blz. 25090500

## dbb jugend nrw

### „Gemeinsam sind wir stark!“

Auf ihrem Frühjahrs-LJA vom 31. März bis 1. April 2006 präsentierte die dbb jugend nrw ihren neuen Imageflyer „Gemeinsam sind wir stark!“ Der Titel ist Programm: „In unserem neuen Flyer erklären wir auch denjenigen, die von der beamtenbund jugend bisher noch nichts gehört haben, auf anschauliche Weise, wofür wir als gewerkschaftlicher Jugendverband stehen“ sagt dbbj nrw-Chefin Anja Arntzen. Die Ähnlichkeit zum Imageflyer der dbb jugend ist dabei übrigens kein Zufall: „Im Sinne von Corporate Design und Corporate Identity haben wir uns ganz bewusst dafür entschieden, unseren Flyer analog zu dem der dbb jugend zu gestalten“, führt Arntzen weiter aus und ergänzt: „Unser Dank gilt insbesondere der dbb jugend, die uns eine Datei mit ihrem Flyer-Layout zur Verfügung gestellt hat, so dass wir unseren Imageflyer vergleichsweise kostengünstig herstellen konnten.“



Schon die Entwicklung des Flyers macht also deutlich: Gemeinsam sind wir stark!

Der Imageflyer kann direkt bei der dbb jugend nrw bestellt werden. Außerdem steht er auf der Website [www.dbbjnwr.de](http://www.dbbjnwr.de) zum Download zur Verfügung.

## komba jugend



Das Seminar der komba jugend in Königswinter-Thomasberg sorgte für gute Laune.

Kreisverbandsjugendgruppen in den Ländern aktiv auf- und weiter auszubauen.

Im Rahmen der Schulung wurden aber auch die grundlegenden Strukturen und der Organisations-

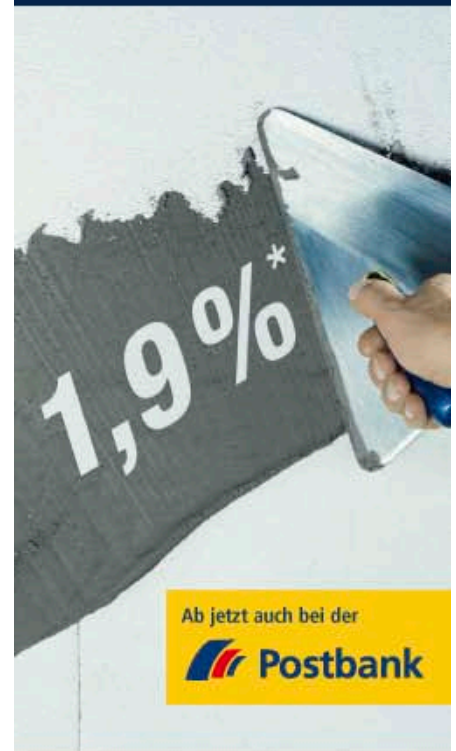
aufbau von dbb beamtenbund und tarifunion und komba gewerkschaft dargestellt. Auch die Zusammenarbeit der Landesjugendleitungen untereinander wurde als ein sehr wichtiger Punkt für die erfolgreiche Betätigung einer jeden Landesjugendleitung herausgearbeitet.

Die Bundesjugendleitung war sehr erfreut, neben den bekannten Gesichtern aus dem Bundesjugendausschuss auch Mitglieder neu gewählter Landesjugendleitungen begrüßen zu dürfen.

### Landesjugendleitungen im Aufwind!

Wie organisiert und mobilisiert man Jugendgruppen vor Ort? Dies war eine von vielen Fragen, die von den Teilnehmern der durch die komba jugend organisierten LJA-Schulung am Wochenende vom 31. März bis 2. April 2006 in Königswinter-Thomasberg diskutiert wurden. Workshops gaben Hilfestellungen für die Kandidatenfindung und -motivation. Mit den gewonnenen Erkenntnissen soll versucht werden, das Netz der Orts- und

## Deutschland baut mit BHW



### Die Baufinanzierungs-Offensive von BHW.

- Mit dem BHW Dispo maXX gibt es ein Bauspardarlehen zu sensationellen Darlehenszinsen ab 1,9%\*.
- Schnell günstiges Baugeld zu Sonderkonditionen sichern.

\*Effektiver Jahreszins für das Bauspardarlehen ab Zuteilung ab 2,07%

Jetzt bei Ihrem BHW Berater und in allen Postbank Centern. (01802 - 244 411\*\*)

(\*\*0,06 Euro pro Gespräch)



[www.bhw.de](http://www.bhw.de)

BHW – ein Unternehmen der Postbank



Urheberrechtsnovelle:

# Big Brother drückt ein Auge zu

**Als das Bundeskabinett am 22. März 2006 den so genannten „zweiten Korb“ der Novelle des Urheberrechts beschlossen hatte, knisterte es im Blätterwald: Gar vom Ende der Privatkopie war bisweilen die Rede, Millionen von Privatleuten sahen sich bereits in Handschellen.**

Aber langsam: Was bedeutet das für den gesetzestreuen Privatmenschen wirklich? Wenn man den Gesetzentwurf genau betrachtet, ändert sich abgesehen von Änderungen bezüglich der Abgeltungspauschale auf Medien und Geräte sowie kleinerer Details im Privaten kaum etwas. Bereits der erste Korb des neuen Urheberrechts hat festgelegt: Die – auch digitale - Privatkopie bleibt grundsätzlich erlaubt, solange kein Kopierschutz geknackt wird oder die Kopie von „rechtswidrigen Quellen“ gezogen wird. Neu ist, dass sich nicht nur der Anbieter von Material aus rechtswidrigen Quellen strafbar macht, sondern auch der Nutzer.

## So halbwegs geduldet

Bei Kopien aus legalen Quellen – also zum Beispiel von Original CDs - schließt § 108 b Abs. 1 UrhG eine Strafbarkeit der Umgehung des Kopierschutzes aber aus, wenn „die Tat ausschließlich zum eigenen privaten Gebrauch des Täters oder mit dem Täter persönlich verbundener Personen erfolgt oder sich auf einen derartigen Gebrauch bezieht.“

Persönlich  
verbunden sind  
per



Definition Familie, Haushaltsangehörige und enge Freunde. Es droht also kein Verfahren. Wohl aber können zivilrechtliche Unterlassungs- und Schadensersatzforderungen des Rechtsinhabers auf den Täter zukommen.

Insbesondere will der Gesetzgeber mit der Novelle gegen Online-Tauschbörsen und Filesharing vorgehen. Um hier von vorn herein auf der sicheren Seite zu bleiben lautet die Devise: Finger weg! Brenzlich wird es, wenn unerlaubte Kopien verkauft werden: Hier drohen bis zu drei Jahre Haft.

## Der Industrie nachgegeben

Im Großen und Ganzen trägt der Gesetzentwurf mehr den Interessen der Industrie Rechnung als denen privater Musik- und Filmliebhaber. Würde der Entwurf in der vorliegenden Form umgesetzt, freute das zwar die Medienindustrie, hätte aber zumindest im unmittelbaren privaten Bereich kaum Auswirkungen, solange man sich in dem etwas schwammig formulierten Rahmen bewegt. Es sei denn, die Bundesregierung machte in Sachen Urheberrecht endlich Nägel mit Köpfen und entschiede sich für die ganz große „Big-Brother“-Lösung: Völliges Verbot der Privatkopie. Brenner und Rohlinge werden nur noch gegen Vorlage des Personalausweises verkauft. Die Personendaten werden sofort an die örtlicher Polizei weitergegeben. Ihre Personalstrategie im Bereich innere Sicherheit werden die Ministerpräsidenten dann allerdings aufgeben müssen: Statt Stellenabbau stünde ab sofort die Einstellung neuer Polizeibeamter auf dem Programm. Immerhin muss der rechtlich einwandfreie Gebrauch von Hard- und Software zumindest stichprobenweise überprüft werden. Wer Oma dann mit einer Kopie der neu erworbenen Patrick-Lindner-CD beglückt, steht bereits mit einem Bein im Knast. Und Oma gleich mit. Glücklicherweise haben wir bezüglich der inneren Sicherheit wichtigeres zu tun... Und ganz nebenbei: Hochwertige Musik aller Genres jenseits des Charts-Massenmarktes ist bis heute meist kopierschutzfrei.

**Da hilft auch keine Unschuldsmiene: Den Kopierschutz der Lieblings-Rock-CD zu knacken ist verboten! Was man nun darf und was nicht, steht auf [www.kopien-brauchen-originale.de](http://www.kopien-brauchen-originale.de)**



## Finger weg von fremden Federn

Sich der Ideen anderer zu bedienen und mit fremden Federn zu schmücken, ist heute einfacher denn je - der Hochgeschwindigkeitsdatenhighway Internet macht's möglich.

Mit den richtigen Stichworten gefüttert, spucken die gängigen Suchmaschinen innerhalb von Sekunden eine Vielzahl von Dokumenten aus. Jetzt gilt es nur noch, die Spreu vom Weizen zu trennen. Und dann geht alles ganz schnell: markieren, kopieren, einfügen - und schon ist der Absatz fertig!



Und das Plagiat! Egal, ob es sich um einzelne Passagen oder einen ganzen Text handelt - geistiges Eigentum Dritter ohne Kennzeichnung zu übernehmen, ist ein Plagiat und damit alles andere als ein Kavaliersdelikt, sagt Debora Weber-Wulff, Professorin für Medieninformatik an der Fachhochschule für Wirtschaft und Technik in Berlin. Die Wissenschaftlerin hat dem geistigem Diebstahl den Kampf angesagt. Auf einer eigens eingerichteten Internetseite sensibilisiert sie Lehrende und Lernende für das Thema:

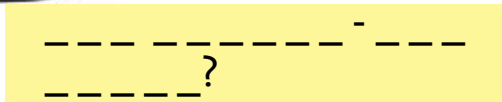
[www.plagiat.fhtw-berlin.de](http://www.plagiat.fhtw-berlin.de).

# Bonbon-Mega-Aktion 2006

Liebe Leute: Mit einer neuen Runde der Bonbon-Mega-Aktion 2006 geht's frisch, fromm, fröhlich, frei in den Frühling und in den Sommer! Wer in Mai-, Juni, Juli/August- und September-Ausgabe von t@cker wieder fleißig die mit einem Bonbon unterlegten Wörter sucht, sammelt und korrekt in die Maske einträgt sowie den Lösungsspruch bis 30. September 2006 unter dem Stichwort „Bonbon-Mega-Aktion“ an [redaktion@tacker-online.de](mailto:redaktion@tacker-online.de)



mailt, kann seinen fahrbaren Untersatz mächtig auftunen: Auf dem Spiel steht ein superschickes Autoradio mit MP3/CD-Player und RDS sowie Bluetooth-Freisprech-Funktion! Leistung 4 x 25 Watt, abnehmbares Bedienteil mit Schutzhülle, digitales Black-Mask Display mit bewegter Grafik, komfortabler Dreh- und Drucktaster und, und. Es lebe das Quiz!



Und für zwischendurch gibt es selbstverständlich wie immer unsere

## Bonbon-Frage:



### The Ten Tenors

Gnadenlos wie brillant, überdies hübsch anzuschauen und vor allem gut

bei Stimme – sie sind angesagt und nehmen sich die ganze Welt im Zehnerpack: The Ten Tenors aus Australien. Auf ihrer Jubiläumstour rund um den Globus zum zehnjährigen Bestehen schauen die Nachwuchs-Pavarottis auch in Deutschland vorbei und beweisen in einer unglaublich abwechslungs-

**Stichwort Parlamentsstenographie: Wie viele Minuten dauert jeweils der Einsatz eines Turnusstenographen, wie lange der eines Revisors im Plenum des Deutschen Bundestages?**

reichen Show, was ein echtes Stimmband ist – sei es in astrein schmachtendem Belcanto oder im hüftschwingenden Sound der Bee Gees. Für ihre Interpretationen von Verdi, Puccini, Abba oder Frank Sinatra ernten die jungen Sänger, einst als studentischer Musikgag für eine Feier verpflichtet, mittlerweile weltweit Standing Ovations, tobende Säle und kollektive Verzückungsjauchzer! t@cker verlost einmal zwei Freikarten für die Köln-Premiere in der Philharmonie am 6. Juli 2006. Einfach bis 31. Mai 2006 die richtige Antwort auf die Bonbon-Frage an [redaktion@tacker-online.de](mailto:redaktion@tacker-online.de) mailen! Rabatt-Infos siehe: [www.dbbj.de](http://www.dbbj.de)

## Prince – 3121

Der kleine Mann mit dem großen Sex-Appeal und der genialen Ader ist zurück. Und wie! Prince, Symbol oder wie sich Meister Rogers Nelson sonst nennt oder nannte, war nie einfach zu konsumieren. Oft meilenweit am Massengeschmack vorbei rotierten seine bisher 24 Alben in anderen Sphären, weitab vom Hier und Jetzt. Einzig die Superhits „Purple Rain“ und „Sign O' The Times“ konnten fast bei jedem Punkten. Aber wer sagt denn, dass musikalische Exzentrik, die sich dem Mainstream verschließt, etwas schlechtes ist? Schließlich kann sich Musik nur weiter entwickeln, wenn Akzente gesetzt werden, die über das bisher



Foto: Universal

Bekannte hinausgehen. Und genau da macht Prince mit seinem 25. Album „3121“ eine Ausnahme und bringt statt Eskapaden und Gefrickel einige der besten Prince-Nummern seit den 80ern. Für Wahr! Da

kann es letztlich auch egal sein, dass einige Kritiker unken, der Meister habe das neue Album aus akuter Geldnot eingespielt, um seinen extravaganten Lebensstil weiter finanzieren zu können. Und wenn schon: Wer so gut ist, darf auch weiterhin in goldenen Bettchen schlafen.

## Asterix und die Wikinger



Beim TEUTATES!!! Nach über 10 langen Jahren des Wartens feiern die populären Gallier in „Asterix und die Wikinger“ ihr längst schon überfälliges und lang ersehntes Wiedersehen auf der großen Leinwand. Sicher, da gab es die Realverfilmungen mit Gérard Depardieu, aber wer die 31 von Uderzo gezeichneten Alben gelesen hat, der weiß, dass da nix Reales rankommt. Bärenstark, schlagfertig und unbekümmert starten die sympathischen Publikumslieblinge Asterix und Obelix einen neuen Angriff auf Lachmuskeln, Wikinger und so manch andere Widrigkeit des Lebens. Da reicht es nicht, dass die beiden mit der ehrenvollen Mission betraut wurden, aus dem verweichlichten Majestix-Neffen Grautvornix einen gallischen Krieger zu machen. Obendrein müssen sich die beiden auch noch mit den furchtlosen Wikingern auseinandersetzen. Das unerschrockene Seefahrervolk um Anführer Maulaf weiß nämlich nicht, was es bedeutet, Angst zu verspüren! Auf ihrer seltsamen Expedition und Suche nach dem „Angst-Champion“ treffen sie auch auf Grautvornix und die Gallier...



Für die liebevolle Synchronisation konnten erfolgreiche deutsche Stars wie der Comedy-Matador Christian Tramitz (Asterix), Fanta 4 Rap-Guru Smudo (Grautvornix), Altmeister Dieter Hallervorden, MTV-Aushängeschild Nora Tschirner und 007-Bösewicht Götz Otto gewonnen werden. Sie alle garantieren für einen herrlichen Spaß, bei dem der Computer, im Gegensatz zu vielen anderen diesjährigen Produktionen, eher sparsam eingesetzt wurde.

### Impressum

**herausgeber:** Bundesjugendleitung, dbb beamtenbund und tarifunion, Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin, telefon 030.40 81 57 51, telefax 030.40 81 64 99, e-mail [info@dbbj.de](mailto:info@dbbj.de). **redaktion:** Britta Müller (verantwortlich), Jan Brenner, Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin, telefon 030.40 81 55 50, telefax 030.40 81 55 99, e-mail [redaktion@tacker-online.de](mailto:redaktion@tacker-online.de). **fotos:** Brenner, buena vista filmverleih, dbbj, fotolia, MEV, Müller, project photos, Bundestag/Achim Melde. **anzeigen:** Bundesjugendleitung, dbb beamtenbund und tarifunion, Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin, telefon 030.40 81 57 51, telefax 030.40 81 64 89, e-mail [info@dbbj.de](mailto:info@dbbj.de). **gestaltung:** Jacqueline Behrendt, dbb. **t@cker** wird gefördert aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Für die Inhalte der in **t@cker** gelinkten Internetseiten übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.